

Rechtsbeistand. „Sie kommen in des Teufels Küche“, sagen ihm deutsche Juristenfreunde. Schließlich verweigert er am 1. Februar die Aussage.

Collison droht mit 10 Jahren Gefängnis bei weiterer Aussageverweigerung. Dietz bittet um Verhaftung. Zwei MP-Männer bringen ihn zum Provost-Marshall. Lassen ihn dort wieder frei, mangels Haftbefehl. Am Nachmittag wird einer ausgeschrieben. Dietz gegen 20 000 DM Kaution freigelassen. Ein Militärgericht muß klären, ob Dietz die Aussage zu Recht verweigerte.

War die Dietz-Gruppe in der Lage, die Politik der Regierungsstellen zu beherrschen oder sie maßgeblich zu beeinflussen? Mit dieser Frage kam Collison am 15. Verhandlungstag in höhere Regionen der Besatzungspolitik. Schlanges SPD-Vertreter, Hans Podeyn, sagt aus, die hessische Regierung selbst habe die IHG gestützt. „Ich muß darauf bestehen“, habe ihm Minister Lörberg auf seine Vorstellungen wegen der Monopol-Stellung der IHG geschrieben, „solange die Importberechtigung für alle Firmen der Bizone nicht geklärt ist, muß das Land Hessen bei dem bisherigen Verfahren der Einfuhr durch die IHG verbleiben.“ Auch das Schulspeisungs-Monopol für die Firma Dietz, sagt Podeyn, gehe auf Lörberg zurück. Dietz habe zum Import nie eine andere Firma als die Gebr. Dietz, die IHG und den Ring vorgeschlagen.

„Das ist von Podeyn gelinde gesagt unfair“, sagt im Gebr.-Dietz-Büro Fritz Dietz. Podeyn, der die süddeutschen Firmen nicht liebt, würde gern noch eine Hamburger Firma einschalten, und das wollten Lörberg und Finanzminister Hilpert wegen der Steuern nicht.

Der ergraute 40er drückt einen Kaugummi auf seine Hessen-Slang schlagende Zunge. „Das alles zu beweisen wird vor einem öffentlichen Gericht noch Zeit genug sein.“

„Ich habe noch mein altes Büro, meine alte Wohnungseinrichtung, und mein Wagen wurde gestohlen. Drüben, der Eiergroßhändler baut sich ein Haus.“

Finanzminister Hilpert, CDU-Freund seines Ernährungskollegen Lörberg, mit Dietz aus seiner Frankfurter Industrie- und Handelskammerzeit bekannt, hat für die hessische Regierung erklärt: „Es besteht keinerlei Veranlassung, auch nur im entferntesten anzunehmen, daß Dietz seine staatliche Stellung zu privatem Zweck mißbraucht hat.“ Die negativen Ergebnisse der hessischen Staatsuntersuchung gegen Dietz werden aufrechterhalten.

Niemand habe mehr Interesse an der Klärung der Angelegenheit als die Staatsregierung, sagte im Landtag Stock. Mit einem LDP-Antrag wurde ein neuer Untersuchungsausschuß geboren. SPD-CDU haben darin die Oberhand. Die Presse schreit nach Regierungsrücktritt.

Alles absperren

Bündel im Kasten

Es war eine Reihe von Särgen, die auf den Kieler Garnisonfriedhof gebracht wurden. Aber niemand konnte genau angeben, wieviel Tote darin bestattet wurden. Es hatte sich auch niemand gefunden, der die Kosten der Beisetzung tragen wollte. Kiels Stadtverwaltung sträubte sich. Warum sie denn immer allein die Kosten tragen müsse. Schließlich finanzierte sie zusammen mit der Wohlfahrt den letzten Akt der Geschichte des U-Boots 3520.

Der vorletzte hatte im Dezember 1948 begonnen. Die beiden Bergungsschiffe „Else Stinnes“ und „Ernst Hugo Stinnes“



Henkeil

PRIVAT-TROCKEN-ROSEE

NATUR-CUVEE 07



Freunde des Frohsinns!



DER TELEFUNKEN-KOFFERSUPER
IST IMMER DER RICHTIGE.

Ein Radiogerät, das überall Aufsehen erregt und seinen Besitzer immer zum gern gesehenen Gast in Gesellschaften macht, ist der tragbare, handlich-moderne und leistungsstarke Telefunken-Koffersuper mit dem gefälligen blauen Kaliko-Überzug. Überall dort, wo sich eine Steckdose (220 Volt) befindet — und wo gibt es keine? —, spendet er Nachrichten, Musik und Unterhaltung aus aller Welt: trennscharf und klangschön! Er besitzt 6 Kreise, 4 U-Röhren, 3 Wellenbereiche, permanente dynamischen Lautsprecher, Klangregelung, Schwundausgleich, eingelegte Antenne. Preis: DM 435.—

Bitte lassen Sie sich von Ihrem Rundfunkhändler den Koffersuper unverbindlich vorführen.

TELEFUNKEN

DIE DEUTSCHE WELTMARKE

lagen auf Position 54° 30' 54" N und 10° 6' 4" O in der Eckernförder Bucht und hoben wieder einmal ein U-Boot. Das Wrack wurde in den Kieler Hafen eingeschleppt und im Hafenbecken des ehemaligen Marine-Arsenals auf Grund gesetzt. Ein Taucher stieg hinunter, legte drei Sprenggürtel an, und das U-Boot zerknallte unter Wasser in vier Teile. Back und Heck des Bootes (es ist für den Schrott-Export vorgesehen) wurden an kräftigen Stahlflossen aus dem Wasser gezogen und ans Land gebracht. Zwischen dem Schlamm lagen Menschen-Knochen und Kleidungsstücke.

Kripo-Wachmeister Friedrich Duisberg von der Wasserschutzpolizei wurde angerufen und stand ein paar Augenblicke später auf dem Werftgelände. Mit mächtigen Gummistulphandschuhen durchwühlte er den Schlamm in den beiden gehobenen Teilen des Bootes. Seine erste Reaktion: „Alles absperren“.

Tagelang durchstöberte Friedrich Duisberg die Teile des Wracks. „Es war keine angenehme Arbeit, aber ich bin es gewohnt geworden.“ Immer mehr wurde zusammengetragen. Bis das Ergebnis feststand: 78 Menschen sind mit diesem U-Boot in die Tiefe gegangen.

Ihre Leichenreste sind noch nicht sämtlich gefunden. 66 Schädel und einige Schädeldecken liegen in einem Tresor der Werft. „Wenn ich damit nicht weiterkomme, muß ich an Hand der Schulterblätter identifizieren“, sagt Friedrich Duisberg. Er vermutet, daß ein Teil des Indizienmaterials noch auf dem Grunde des Kieler Hafens liegt. „Aber kein Mensch will das Grundabsuchen finanzieren.“

Leere Kassen machten überall Schwierigkeiten. Die Kriminalpolizei wollte die Marine-Dokumenten-Zentrale Hamburg einschalten. Doch die kann nicht mehr arbeiten, weil sie niemand finanzieren will. Friedrich Duisberg setzte sich selbst hinter die fünf Karteien und konnte die Adressen der Angehörigen von 52 Toten feststellen, „und da sich keine Stelle findet, die die Angehörigen benachrichtigt, nehme ich abends meine Schreibmaschine mit nach Hause und mache das auch noch“.

In seinem winzigen Zwei-mal-zwei-Meter-Baracken-Dienstzimmer hat Friedrich Duisberg einen braunen Pappkarton in eine Ecke gestellt. Vom Seewasser angegriffene Brieftaschen sind darin, zerfetzte Soldbücher, durchgeweilte Briefe, verpackte Erkennungsmarken, rotbestickte Namenläppchen, zeugintens-beschriftete Exerzierkragen, farblose NSDAP-Mitgliedsbücher, kaum erkennbare Photographien, Führungsbücher und mit Namen beschriftete Frontteile von Schuhputzkästen. Aus allem sind 82 Bündel zusammengeknüpft. „Die Personalien von 82 Personen habe ich zusammen“, sagt Friedrich Duisberg. 83 Personen mußten an Bord gewesen sein, als das U-Boot sank.

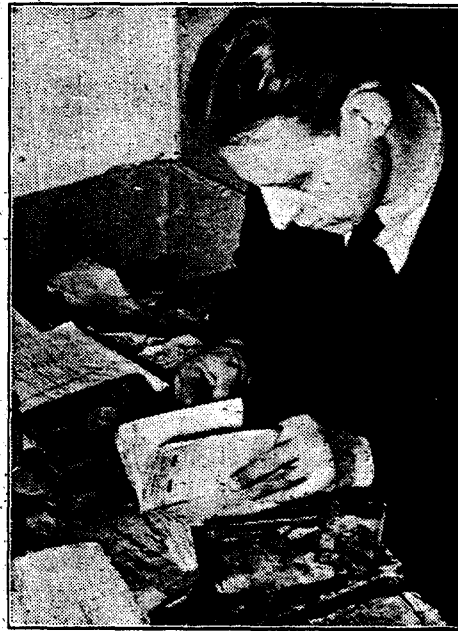
Das war nach einem Minentreffer in der Eckernförder Bucht am 31. Januar 1945, 3 Uhr morgens. Fünf Mann standen vermutlich auf dem Turm und wurden bei der Detonation über Bord geworfen. Rettungsmanöver der drei U-Boote, die gleichzeitig mit U 3520 von Danzig in Richtung Eckernförde ausgelaufen waren, blieben wegen des Schneesturms erfolglos. Vier der fünf Leute vom Turm wurden 1945 in Aerö-Dänemark angetrieben. Der fünfte konnte in Kiel geborgen werden.

Dann war es vier Jahre lang still um U 3520. Bis, genau nach vier Jahren, die Presse Anfang Februar 1949 meldete: „70 Tote in einem U-Boot mit Flüchtlingen gefunden“. Kriminalpolizei-Wachmeister Friedrich Duisberg ist ärgerlich: „Die Zahl 70 war nur eine vorläufige Schätzung und ist überholt. — und Flüchtlinge sind über-

haupt nicht an Bord gewesen. Außer der regulären Besatzung des 1560-t-Bootes (54 Mann) war eine halbe Besatzung eines anderen U-Bootes an Bord; die verheirateten Männer der regulären Besatzung hatten teilweise Frauen und Kinder bei sich.

Papiere beweisen es. Blatt für Blatt reinigte Friedrich Duisberg vom Meereschlamm. Dann mußte er tagelang intensiv heizen und die auf Tisch, Fußboden, Spind, Kohlenkiste und Fensterbrett ausgebreiteten Dokumente trocknen. Es konnte festgestellt werden, daß Kapitänleutnant Sarto Ballert Kommandant des gesunkenen Bootes gewesen ist.

Eine ganz vage Hoffnung hat Friedrich Duisberg noch für die Angehörigen der U 3520-Besatzung: „Wer weiß, ob alle 82



Blatt für Blatt vom Meeresgrund
Keiner will es finanzieren: Duisberg

Mann, von denen wir Personalpapiere fanden, zur Zeit des Unglücks an Bord waren?“ Friedrich Duisberg will noch prüfen, ob nicht einzelne in Danzig geblieben und unter Umständen in russische Gefangenschaft geraten sind.

Rotes Tuch

Habt Vertrauen

Sozialismus auf nationaler Grundlage, Vierzig-Stunden-Woche, absolute Trennung von Kirche und Staat, gegen Bürgerkrieg und bewaffneten Aufstand.“ Extrahiert läßt sich so zusammenfassen, was die Berliner Freie Kommunistische Partei Deutschlands in 12 Punkten jetzt veröffentlichte. Der Ton liegt auf national.

Die FKPD hieß vor einem Monat, als sie ihre Arbeit begann, noch Kommunistische Partei-Opinion (KPO). Den neuen Namen halten die Inspiratoren aber für besser. Sie betrachten sich als gänzlich neue Partei, nicht nur als Opposition. Lizenzanträge sind bei den Westalliierten gestellt.

Karl-Heinz Scholz, Jahrgang 07, Kommunist seit 1928, ist FKPD-Chef und Parteigründer. „Wir werden als Kommunisten den Kampf gegen die SED energisch aufnehmen“, führte er sich auf West-Berlins politischem Pflaster ein. Parteihauptquartier ist vorläufig die Scholz-Wohnung in einer grauen Mietskaserne in Berlin-Wedding, Malplaquetstraße 40 (französischer Sektor).

Genosse Heinz — das Karl fällt parteiintern fort — will die FKPD mit einem Zentralkomitee nach dem Schema der Vor-33er-KPD aufbauen. „Nur, daß wir die Entscheidung der Mitglieder wünschen“, sagt er mit sächsischem Akzent.

Im Gegensatz zur SED haben die Freien Kommunisten nur einen Vorsitzenden (bei der SED Pieck und Grotewohl) und ihr ZK hat nur 12 Mitglieder (SED ursprünglich 16, jetzt 18). Vorsitzender Scholz und der Org.-Leiter vertreten die Partei gerichtlich und außergerichtlich. Wer Org.-Leiter ist, möchte Scholz noch nicht sagen. Auch die Namen der anderen 11 ZK-Männer nicht. „Weil einige aus dem Ostsektor sind.“ Mit den freien kommunistischen Finanzen sieht es noch trübe aus. Nach Lizenzerteilung soll das Parteiorgan helfen. Der Titel liegt fest: „Rote Fahne.“

Seit Wochen hat Karl-Heinz Scholz, Vater von drei Kindern, keine Zeit mehr, Geld zu verdienen. An der Wohnungstür steht noch metallgraviert unter seinem Namen: „Geldschrank- und Eisenbau“. (Scholz ist Geldschrankspezialist und Treuhänder einer Geldschrankfabrik.) Daneben auf weißem Pappkarton: „FKPD-Landesverband Berlin“, handgeschrieben.

In die Nachkriegszeit startete Berlins neuer Parteichef 1945 als Polizei-Inspektionskommandeur am Wedding. Aus dieser Zeit stammt auch seine gute Bekanntheit mit Berlins sowjetsektoralen Volkspolizeipräsidenten Paul Markgraf. Eigentlich sei der gar nicht so sehr rußlandhörig, meint Scholz. Nur könne er jetzt nicht mehr zurück, der Dienststellung wegen. Scholz stieg bei der Polizei aus, als er bei SED-Genossen Korruptionen vertuschen sollte.

Vorübergehend wurde er Privatmann und Mitglied beim Seglerclub in Tegel. Der Dreieck-Clubwimpel ist das einzige Abzeichen auf seinen dunkelblauen Revers. FKPD-Embleme gibt es noch nicht. Hammer und Sichel scheiden aber von vornherein aus. Sowjetstern auch. Rot als Fahmentuch bleibt.

Wie Marx und Engels ist auch Karl-Heinz Scholz von bürgerlichem Herkommen. Sein Vater war Generalstabsarzt. Sehr früh kam es zu Familiendifferenzen. Die Generalstabsarzt-Hausordnung trieb Karl-Heinz schon damals in die Opposition. Kaum 21jährig — er war noch nicht lange vom Gymnasium herunter —, hatte er das kommunistische Parteibuch in der Tasche.

Im Dritten Reich kam er dann dahinter, daß jede Diktatur ihre Schwächen habe, auch die Diktatur des Proletariats. Sie könne zu leicht in die Diktatur über das Proletariat ausarten. Als Arbeiter müssen nach Karl-Heinz Scholzens geläutertem anti-leninistischem Marxismus heute alle betrachtet werden, die in einem lohnabhängigen Arbeitsverhältnis stehen. Sie können sich in der FKPD als Arbeiter und Mitglieder registrieren lassen.

Die sozialdemokratische Berliner Regierungspartei reagierte ziemlich sauer auf seine Gründung. Die Freien Kommunisten seien Moskau-inspiriert und sollten SED-Unzufriedene einfangen. Scholz demantierte. Er hält das für ein Schreckgerücht aus russischer Quelle. Auch die KP-mißtrauischen West-Alliierten hat er schon oft beschwören müssen: „Habt Vertrauen, wir meinen wirklich, was wir sagen.“

Illegal wollen die Freien Kommunisten auch in der Sowjetzone agitieren. Eine illegale Zeitung ist geplant. Und ein Rundfunksender, wenn möglich. Die guten Erfahrungen des roten Radiobundes aus der Weimarer Zeit dienen als Vorbild, mit wenig Geld viel zu erreichen. Darüber, wo man ihn aufstellen soll, zerbrechen sich die Freien Kommunisten noch den Kopf. Sie neigen zu einem Wandersender.